

⁸ Sie hat in Oosthuizen, G. C., *Theological Battleground in Asia and Africa*, London 1972, 108 f. kurze Beachtung gefunden.

⁹ Siehe *First Meeting of the C.S.I.-Lutheran Inter-Church Commission*, Bangalore o. J. (1961), 3 und *Sixth Meeting . . .*, Nagercoil o. J. (1966?), 12 und 18. Es ist nötig, daß sich die Kommission selbst daran erinnert.

¹⁰ In *Proposed Constitution . . .* (siehe oben Anm. ³), 1–7.

¹¹ Vgl. dazu Wagner, Herwig, *Erstgestalten einer einheimischen Theologie in Südtindien*, München 1963, 266 f.

¹² *Proposed Constitution*, 1–13.

¹³ a.a.O., 15–30.

¹⁴ a.a.O., 30–45.

Die Armen im Blickpunkt*

Ein Interview mit SAMUEL L. PARMAR

UPPSALA UND NAIROBI

Wenn Sie die Entwicklungsdiskussion in Nairobi und Uppsala miteinander vergleichen, stellen Sie dann einen Unterschied im Grundton fest? In Uppsala herrschte eine gewisse Lautstärke und Zuversicht, während der Ton in Nairobi bescheidener war und die Diskussion sich mehr auf die Zweideutigkeiten der Entwicklung konzentrierte. Worin sehen Sie den Grund dafür?

Wir haben meines Erachtens in Uppsala drei grundlegende Fehler gemacht, die jedoch erst im Nachhinein erkennbar sind. Alles, was dort gesagt wurde, wurde in der besten Absicht und aufgrund unseres damaligen Entwicklungsverständnisses gesagt. Doch durch später gewonnene Erkenntnisse wurden drei Grenzen deutlich. Erstens: Der Optimismus in Uppsala beruhte auf einem falschen Verständnis der Komplementarität der Interessen der Industriegesellschaften und der Entwicklungsländer. Wir glaubten, daß es durch internationale Zusammenarbeit möglich wäre, wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, und daß das Problem der Armut gelöst wäre, wenn eine hohe Zuwachsrate verwirklicht werden könnte. Wir haben den grundlegenden Konflikt zwischen technologischer Revolution und soziopolitischen Veränderungen in den Entwicklungsländern nicht erkannt. Selbst in der Nachkolonialzeit stellen die Beziehungen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern ein Herrschaftsverhältnis der Starken über die Schwachen dar, und die ganze Technologie und Sachkenntnis, auf die wir uns verlassen haben, werden zu mächtigen Herrschaftsinstrumenten.

* aus: *The Ecumenical Review*, Vol. XXVIII No. 3, Juli 1976.

Handel und Auslandshilfe, Transfer von Technologie, ausländische Investitionen, multinationale Konzerne usw. führen eher zur Unterwürfigkeit, als daß sie zur Verbesserung der sozioökonomischen Verhältnisse der Entwicklungsländer beitragen. Wir stellen heute das ganze Spektrum der bestehenden internationalen Beziehungen in Frage: Können sie wirklich die Interessen sowohl der Armen als auch der Reichen fördern? Untergraben oder verkehren sie nicht gar die Interessen der Armen, indem sie die Interessen der Reichen fördern? Wir haben nicht alle Antworten, doch schon die Tatsache, daß wir diese Fragen stellen, führt uns zu einer anderen Betrachtungsweise des Entwicklungsproblems.

Zweitens: In Uppsala haben wir uns noch auf Ressourcen verlassen, um Versprochenes zu erfüllen; wir meinten, das Problem der Ressourcen bewältigen zu können, wenn es uns nur gelänge, die reichen Nationen dazu zu überreden, 1% ihres Bruttosozialprodukts für Auslandshilfe zu geben, und wenn die Kirchen bereit wären, ein Beispiel zu setzen, indem sie 2% ihres Einkommens für Entwicklungshilfe geben. Wenn wir nur Ressourcen wie Kapital und Technologie bereitstellen könnten, wären die übrigen Entwicklungsprobleme zu lösen. Doch ein Großteil der Armut in den Entwicklungsländern ist nicht einfach die Folge mangelnder Ressourcen, sondern auch der Art von Institutionen, die vorhanden sind, wie zum Beispiel das System des Landbesitzes, die Beziehung zwischen den Kapitaleigentümern und den vom Kapital Beschäftigten und das Maß der Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen. Das Erziehungs- und Bildungssystem, das die Trennung zwischen dem Volk und seinen Interessen fördert und das nur die Zahl der zur Elite Gehörigen vergrößert, ist nicht unseren Erwartungen gemäß zum Instrument des sozialen Wandels geworden. Sobald man es mit dem Bereich der Institutionen zu tun hat, muß man sich die Frage stellen, wer Nutzen aus ihnen zieht, wer sie beaufsichtigt und in wessen Interesse sie konzipiert worden sind. Das führt zu der weiteren Frage der Machtausübung, und das ist ein politisches Problem.

Drittens: In Uppsala standen wir noch unter dem Eindruck, daß Entwicklung von oben bewirkt werden könnte. Es war viel davon die Rede, daß man eine öffentliche Meinung bilden müsse, indem man versucht, die Verantwortlichen im Entscheidungsprozeß – Regierungen und andere – sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern dazu zu bekehren, die richtige Politik zu betreiben. Wir hatten nicht erkannt, daß wir das Problem nicht einmal am Rande berühren, solange wir nicht die Menschen mobilisieren, in deren Interesse die ganzen Entwicklungsbemühungen durchgeführt werden sollen.

Bis wir nach Nairobi kamen, hatten wir genug empirische Erfahrung gesammelt, um zu erkennen, daß wir uns in Uppsala geirrt hatten. Heute sehen wir die Bedeutung von Beziehungen, Institutionen und politischen Faktoren. Wir

haben auch erkannt, daß es echte Entwicklung nur geben kann, wenn die Armen im Blickpunkt stehen; und damit die Armen im Blickpunkt stehen, darf die Entwicklung nicht von oben kommen, sondern muß von unten, vom Volk her aufgebaut werden. Wir werden jetzt realistischer und gewinnen darum ein klareres Verständnis von Entwicklung. Doch es gibt keine bequemen Antworten auf die Fragen: Wie kann man die Menschen mobilisieren und zu ihrer aktiven Beteiligung am Geschehen beitragen? Wie soll man im politischen Bereich tätig werden? Ressourcen zu beschaffen, ist leicht, aber am Wandel der Institutionen mitzuwirken, ist schwer. Darum werden Sie vielleicht in den Entwicklungsdokumenten von Nairobi eine gewisse Zurückhaltung feststellen.

NEUE SCHLAGWORTE, NEUE AKZENTE

Das bedeutet, daß man von technischen Begriffen wie „Bruttosozialprodukt“, „Transfer von Ressourcen“ usw. zu einem mehr politischen Vokabular übergegangen ist mit Begriffen wie „Befreiung“ und „Volksbewegung“. Was ist Ihrer Meinung nach das Entscheidende in dieser Akzentverschiebung?

Charles Birch hat in seinem Vortrag in Nairobi gesagt: „Die Reichen müssen einfacher leben, damit die Armen überhaupt leben können“ („The rich must live simply in order that the poor can simply live“). Das ist ein schöner Satz, ein treffliches Motto, doch zugleich offenbart sich dahinter ein grundlegendes Umdenken. Denn nach unseren Vorstellungen vom Wachstum mußten wir die Reichen benutzen – ihre Produktionsmöglichkeiten benutzen und darauf aufbauen; selbst wenn sie dadurch noch reicher würden, wäre das nicht von Schaden, denn letztlich würden auch die Armen noch davon profitieren. Heute sagen wir, daß die Reichen sich einschränken sollten, damit Ressourcen für die Armen frei werden. Die Produktion sollte auf Grunderzeugnisse für die Armen abgestellt sein und nicht auf Luxusartikel zur Bedürfnisbefriedigung der Reichen. Wenn man solche Entscheidungen vorschlägt – in welcher Gesellschaft auch immer –, greift man in das ein, was die Reichen inzwischen für ihr Recht halten: das Recht, ihr Einkommen auf dem Markt auszugeben; und auf dem Markt richtet sich die Produktion nach dem, was die Reichen ausgeben oder investieren, zum Beispiel im Hotelgeschäft, das nicht nur den Reichen in dem entsprechenden Land, sondern auch den Reichen überall in der Welt zugute kommt. Dadurch bleiben zu wenig Mittel für den so dringend erforderlichen Wohnungsbau für die Armen. Um all dies einzuschränken, ist politisches Handeln geboten. Wenn aber Investitionen in der Produktion von Grunderzeugnissen wie Nahrungsmittel wünschenswert sind, dann bedeutet das eine Verschiebung vom städtischen auf den ländlichen Sektor, auf die kleinen Landwirte und die landwirtschaftliche Eigenproduktion; denn in unserer Gesellschaft stellte die landwirtschaftliche Eigen-

produktion den Hauptunterhalt des Landwirts dar, der das Land mit Korn versorgt. Dann beginnen wir darüber nachzudenken, wie wir die Produktivität der kleinen Landwirte steigern können. Es ist erwiesen, daß die grüne Revolution den Großbauern zugute gekommen ist, weil sie sich – im Gegensatz zu den Kleinbauern und den Landarbeitern ohne eigenen Grundbesitz – die neue Technologie leisten konnten.

Eine Verlagerung zugunsten der schwächeren Gruppen der Gesellschaft erfordert politische Entscheidungen. Um z.B. in der Landwirtschaft die Rolle der kleinen Landwirte und der Landarbeiter ohne Grundbesitz zu stärken, muß eine Bodenreform durchgeführt werden; die aber rührt an die Macht der Landaristokratie. Oder wenn man die Fähigkeiten der Leute zu einfachen handwerklichen Arbeiten nutzt (nicht handwerkliche Arbeiten für den Export, denn damit würde man nur die Reichen im eigenen Land oder in anderen Ländern versorgen), um grundlegende Bedürfnisse zu befriedigen, dann fordert man die Macht der organisierten Industrie im Land heraus. In all dem können die wirtschaftlichen Entscheidungen, die sich aus unserer neuen Sicht der Dinge ergeben, nur durchgeführt werden, wenn politische Veränderungen in den Machtverhältnissen der Gesellschaft bewirkt werden.

„Volk“ ist ein Begriff, der in mancherlei Weise gebraucht werden kann; wie kommt nach Ihrer Meinung das neue Verständnis der Volksbewegungen in der ganzen Entwicklungsdiskussion zum Ausdruck?

In einem kurzen Aufsatz über menschliche Entwicklung, den ich für Nairobi geschrieben habe, habe ich versucht zu zeigen, daß wir, wenn wir von menschlicher Entwicklung reden, darum bemüht sind, unser Hauptaugenmerk auf die Armen zu richten. Viele von uns, die über die Armen reden, sind selbst nicht arm; wir gehören zu einer verhältnismäßig privilegierten Klasse in unserer Gesellschaft; und wir müssen zugeben, daß unsere Gesellschaft in Klassen gesehen wird. Das muß nicht unbedingt nach marxistischem Muster geschehen, doch man muß einer bestimmten Klasse den Vorrang geben – denen, die unter der Armutsgrenze liegen und deren Existenzminimum nicht gesichert ist. Hier versuchen wir, den Begriff des wünschenswerten Minimums einzuführen; und wir müssen unser Augenmerk auf alle die richten, die darunter liegen. Wenn wir also von „Volk“ reden, dann reden wir von denen, die zu den Besitz- und Rechtlosen gehören; und ihre Interessen müssen den Vorrang erhalten – ihre ökonomischen, sozialen und darum auch politischen Interessen. Denn wenn nicht ihre politischen Interessen gestärkt werden, werden sie nicht in der Gesellschaft dazu befähigt, für ihre ökonomischen und sozialen Interessen zu kämpfen. In diesem Sinne müssen die Begriffe „Volk“, „Volksbeteiligung“ und „Volksbewegung“ dieser Klasse in der Gesellschaft zugeordnet werden.

Dennoch habe ich den Eindruck, daß die unter uns, die im Grunde genommen nicht zu dieser Klasse gehören, eine entscheidende Rolle zu spielen haben, denn historisch gesehen ist die Initiative zur Mobilisierung der minder-privilegierten Klasse immer von der Intelligenz ausgegangen. Wir sollten uns nicht dadurch gehemmt fühlen, daß wir der soziologischen Klassifizierung nach nicht zur Klasse der Unterprivilegierten gehören.

SICH MIT DEN ARMEN IDENTIFIZIEREN

Es ist gesagt worden, daß die Kirche sich mit den Armen identifizieren muß. Doch in den meisten Kirchen der Welt wird das Bild von der Mittelklasse bestimmt. Ist es de facto für die Kirchen möglich, sich mit den Armen zu identifizieren und ihnen in ihrem Kampf beizustehen?

Um dies zu tun, muß gewiß so mancherlei geändert werden. Wenn die Kirchen ihrer Berufung treu sind, ist dies zweifellos ihr Wunsch; und im Sinne zahlreicher Erklärungen, die wir im Ökumenischen Rat gemacht haben, halten wir es für äußerst wichtig, uns mit den Armen zu identifizieren und an ihrer Seite zu kämpfen. Im Augenblick gehört es zu unserer Aufgabe, in den Diskussionen über Entwicklungsfragen Mittel und Wege herauszufinden, wie man sich mit den Armen identifizieren kann, und zu ergründen, was das für Konsequenzen mit sich bringt. Es ist eine Frage der Werte. Wie Sie gesagt haben, ist die Betrachtungsweise der Kirche traditionsgemäß von der Mittelklasse und ihren Werten her bestimmt. Wie können wir diese Werte ändern, so daß den Bedürfnissen der Armen der Vorrang gegeben wird? Wie kann die Kirche in Entwicklungsländern das Bild einer armen Kirche darstellen? Denn gerade jetzt bietet die Kirche in diesen Ländern oft das Bild einer relativ wohlhabenden Einrichtung, mit Projekten, Programmen und Finanzmitteln von außerhalb. Wir spiegeln nicht die ökonomische Wirklichkeit der Kirche in diesem Land wider. Wirtschaftlich mag die Kirche in Indien arm sein – sie ist de facto arm –, doch mit unserer ganzen institutionellen Aufmachung erwecken wir den Eindruck, relativ wohlhabend zu sein und uns vielen Aktivitäten hinzugeben.

So muß der Lebensstil unserer Arbeit, nicht nur der Lebensstil der Menschen, sondern auch der institutionellen Arbeit der Kirche, sich wandeln. Ich halte das für möglich, vorausgesetzt daß wir wirklich an eine neue Prioritätenskala glauben. Wir können 2% unseres Einkommens einem Projekt für die Armen zukommen lassen; doch damit wird das Problem nicht gelöst. Oder wir können einige von unseren führenden Leuten unter den Armen arbeiten lassen; doch das wäre ein paternalistisches Verhalten. Wir haben uns einfach nicht intensiv genug mit den weiterreichenden Konsequenzen befaßt. Ich bin der Meinung, daß das jetzt nach Nairobi eine unserer Aufgaben sein sollte. Wir haben Begriffe wie

„Volksbeteiligung“ und „Volksbewegung“ mehr als Schlagworte gebraucht, um ein ökumenisches Bewußtsein zu wecken, und das ist uns meines Erachtens auch gelungen. Doch jetzt müssen wir diesen Begriffen mehr Inhalt geben.

Welches sind die neuen Prioritäten hinter diesen Schlagworten, die Sie bei diesen ersten Bemühungen um Identifizierung mit den Armen für wichtig halten?

Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus besteht die wirksamste Methode, die Armen zu mobilisieren, darin, sie in den Produktionsprozeß miteinzubeziehen; sonst bleiben sie nur zum Teil mobilisiert oder überhaupt unbeweglich. Das bedeutet, daß man ihnen Arbeit geben muß, und zwar in ihrer natürlichen Umwelt, in der ländlichen Situation. Wenn sie in die städtische Situation überwechseln müssen, dann beginnen sie, unter einer neuen Form der Ausbeutung zu leiden; und das ist offensichtlich in vielen unserer Gesellschaften der Fall. Ihre Fähigkeiten sollten genutzt werden; und an diesem Punkte wird eine angemessene Technologie wichtig. Wir können nur wenige in den wirklich neuen Fachkenntnissen ausbilden, die für die moderne Technologie erforderlich sind. Landwirte und Handwerker besitzen viele Fähigkeiten; und die sollten dafür eingesetzt werden, die Grundbedürfnisse dieser Gesellschaft zu befriedigen. Arbeitsplatzbeschaffung allein genügt nicht; denn das Einkommen wird für Verbrauchsgüter ausgegeben, und die angeschafften Verbrauchsgüter müssen Grundbedürfnisse erfüllen – Nahrung, Kleidung, Unterkunft: alles Dinge, die in die Kategorie des wünschenswerten Minimums fallen. Damit sollte den Armen die Möglichkeit gegeben werden, aus der Not zu einem einigermaßen menschlichen Lebensniveau aufzusteigen. Sie wären dann vielleicht immer noch arm, aber sie würden erleben, daß ihnen der Nutzen ihrer Anstrengungen unmittelbar zugute kommt. Doch jetzt müssen wir nicht im Blick auf das Bruttosozialprodukt, sondern auf die Dinge hin planen, die der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse dienen, die lebensnotwendigen Dinge. Dabei müssen die Preise (wenn das Preissystem angewendet werden muß) auf einem Niveau festgesetzt werden, für das das Einkommen aus ihrer Arbeit angemessen wäre, um das wünschenswerte Minimum zu erreichen.

Wenn man die Arbeitsplatzbeschaffung und die Versorgung mit den lebensnotwendigen Dingen als erste Priorität anerkennt, hat das verschiedene Konsequenzen. Zunächst einmal heißt das, daß man die Produktion von nicht-lebensnotwendigen Dingen in einer Gesellschaft nicht zulassen darf. Das beinhaltet eine neue Prioritätensetzung für Investitionen, eine Einschränkung des Konsums seitens der hohen Einkommensgruppen, die sich auch auf den Markt auswirkt – denn die Produktion auf dem freien Markt wird vom Profit her bestimmt, und mehr Profit läßt sich in der Regel mit den Artikeln für die Reichen machen. Anreize müssen gegeben sein, doch der Profit sollte nicht das Hauptkriterium

für die Ausrichtung der Produktion und der Investitionen sein. Die Ausrichtung der Produktion und die Art von Technologie, die erforderlich ist, sollten vielmehr die Rolle der ausländischen Investitionen bestimmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die multinationalen Konzerne und ausländischen Investoren keinerlei Neigung zeigen, sich in den Sektoren zu engagieren, die lebensnotwendige Artikel produzieren und die schon vorhandenen Fertigkeiten nutzen.

Aus all dem ergibt sich eine Reihe von Entscheidungen auf nationaler Ebene, die einen Einfluß auf die Art von Ressourcen haben, die von außerhalb ins Land fließen sollten. Dann wären nur solche Ressourcen zugelassen, die den Prioritäten zugute kommen, die auf die Interessen der Armen abgestimmt sind. Vom Wesen ihrer Ziele her können multinationale Konzerne grundsätzlich derartige Prioritäten gar nicht fördern, doch wenn sie dazu bereit wären, wäre für sie ebenso wie für ausländische Investitionen genug Spielraum vorhanden. Alle größeren Organisationen der UNO, die Weltbank und andere sagen heute, daß wir uns primär den Ärmsten der Armen zuwenden sollten. Wir tun dies, indem wir ihnen Arbeit beschaffen und das wünschenswerte Minimum sichern. Doch einige von uns – und das hat nach und nach auch Eingang ins ökumenische Denken gefunden – trennen in ihrem Denken den Begriff des wünschenswerten Minimums nicht von der Notwendigkeit, eine Art von Maximum vorzuschreiben. Vom rein ökonomischen Standpunkt aus – wenn auch das ideologische Argument sehr wichtig ist – könnte man sagen, daß wir der Produktion von weniger lebensnotwendigen Dingen eine Grenze setzen sollten, damit die Ressourcen den wesentlicheren Dingen zugeführt werden können. Das kann geklärt werden, doch jetzt beginnt die eigentliche Aufgabe, und meiner Meinung nach sollte sie in unserem ökumenischen Denken Priorität erhalten.

DIE NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG UND DIE ARMEN

Sie haben in gewissem Sinne die Diskussion wieder etwas mehr in technische Bahnen gelenkt. Ich denke dabei an die Tagung der UNCTAD in Nairobi, die fortlaufenden Gespräche in Paris zwischen bestimmten unterentwickelten und einigen entwickelten Ländern und die ganze Diskussion innerhalb der Vereinten Nationen über eine neue Weltwirtschaftsordnung. Glauben Sie, daß eine solche neue Weltwirtschaftsordnung zur Stärkung der politischen Entscheidungen beitragen könnte, auf die Sie hingewiesen haben?

Fragen zu der neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO), der UNCTAD und den Pariser Gesprächen sollten von drei grundsätzlichen Überlegungen ausgehen. Erstens: Welche Philosophie steht dahinter? Versuchen wir, eine internationale Ordnung zu schaffen, in der die Interessen der Armen die höchste Priorität haben? Ich habe die Befürchtung, daß es in den Diskussionen bislang nicht

primär um diese Fragen ging. Wenn für die NWWO hier nicht die Priorität liegt, wird sie für uns, die wir von menschlicher Entwicklung und dem zentralen Anliegen der Armen reden, nur eine abgewandelte Form der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sein, die keine Gleichberechtigung praktiziert und Elemente der Beherrschung der Schwachen durch die Starken enthält.

Die reichen Industrieländer haben unter dem Aspekt der Interdependenz angefangen, von der Notwendigkeit einer neuen WWO zu reden. Das bedeutet für sie, daß ihr Wohlstand von den Rohstoffen und Ressourcen der Dritten Welt abhängig ist. Doch wozu brauchen sie diese Rohstoffe? Um ihren Reichtum zu sichern? Meiner Meinung nach liegt hier die entscheidende Frage: Wenn die Industrieländer sich für eine neue WWO einsetzen, um ihren eigenen Wohlstand zu sichern und zu vermehren, dann geht es nicht primär um die Armen. Wenn die Entwicklungsländer nach einer neuen WWO, besseren Preisen für ihre Waren und nach Märkten für ihre Fertigerzeugnisse verlangen, dann ist es sehr wohl möglich, daß die herrschenden Klassen in diesen Ländern meinen, durch eine bessere Verhandlungsposition mehr erreichen zu können. Auch ihr Hauptinteresse würde nicht unbedingt den Armen gelten. So wie die Lage sich heute darstellt, argumentieren die Entwicklungsländer vom Prinzip der Gerechtigkeit her. Und als einer, der im Namen eines solchen Landes spricht, hoffe ich, daß wir, wenn wir für internationale Gerechtigkeit eintreten, auch bereit sind, uns für nationale Gerechtigkeit einzusetzen. Wenn die Philosophie, die hinter der neuen WWO steht, nicht die Armen zu ihrem Hauptanliegen macht, dann kann ich mich nicht dafür begeistern.

Zweitens: Wir aus den Entwicklungsländern haben immer wieder gesagt, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu unserem Abhängigkeitsverhältnis geführt haben. Wenn die Handelsbedingungen und Marktaussichten sich verbessern, werden wir vielleicht sogar noch mehr in die vorhandenen internationalen Beziehungen verwickelt. Unsere Exporte werden zunehmen, wir werden versuchen, uns in zunehmendem Maße auf Artikel zu spezialisieren, die in den entwickelten Ländern gefragt sind; und es ist damit zu rechnen, daß wir mehr im Interesse ihrer Wirtschaft – auch die der osteuropäischen Länder – als im Interesse der Armen in unserem eigenen Land produzieren.

Drittens: Die empirische Erfahrung in den Entwicklungsländern, die eine größere wirtschaftliche Macht erlangt haben, wie z.B. die ölexportierenden Länder, beweist, daß sie mehr dazu neigen, sich den Lebensformen der reichen Nationen anzupassen, als im Interesse der Armen neue Strukturen aufzubauen. Man denke an die Investitionen, die sie machen, den Stil ausländischer Hilfe, dem sie folgen, oder die Prioritätenskala in ihrer internen Wirtschaft: ihr Hauptinteresse scheint nicht den Armen zu gelten. Alles tendiert dahin, so wie eine der

reichen Industrienationen zu werden. Doch damit werden die grundlegenden Probleme der Armut nicht gelöst. Ich bin der Meinung, daß die neue WWO vom Standpunkt der Armut und der eigenständigen Entwicklung her gesehen werden muß. Was bewirkt sie für die eigenständige Entwicklung? Wenn sie Abhängigkeit fördert, untergräbt sie die Eigenständigkeit. Wenn sie Wohlstand fördert, gilt ihr zentrales Interesse nicht den Armen. Wenn sie Nachahmung fördert – was der Fall zu sein scheint –, dann fördert sie bestimmt nicht die authentische Entwicklung, die unser Anliegen ist.

Ich streite die Bedeutung einer neuen internationalen Ordnung nicht ab; doch dies wäre keine neue Ordnung; es wäre die alte Ordnung unter einem etwas ansehnlicheren Etikett. Auf der Weltebene werden die Veränderungen nur langsam vor sich gehen; doch die augenblicklichen Verhandlungen zwingen uns, das Problem in neuen Dimensionen zu sehen. Einige der Zugeständnisse, die vielleicht gemacht werden, sind wohl kurzfristig von Bedeutung; doch im Hinblick auf die menschliche Entwicklung habe ich nicht den Eindruck, daß die kritischen Fragen bei denen, die die neue WWO diskutieren, bisher entscheidende Beachtung gefunden haben.

WARUM EIGENSTÄNDIGKEIT?

Sie scheinen einen ziemlich starken Nachdruck auf den Begriff der Eigenständigkeit zu legen. Warum halten Sie ihn für so wichtig, und welches Ziel wird Ihres Erachtens damit verfolgt?

Ich bin der Ansicht, daß eigenständige Entwicklung schon allein vom Standpunkt des rationellen Gebrauchs der Ressourcen gerechtfertigt ist. Wenn man einen Entwicklungsprozeß einleitet, muß man damit beginnen, die vorhandenen Ressourcen voll auszunutzen. Wenn ein Land z.B. Ressourcen an organischem Dünger hat, muß es diese voll ausschöpfen, bevor es – wenn nötig – zur Ergänzung Kunstdünger einführt. Wenn es jedoch die eigenen Ressourcen an organischem Dünger nicht nutzt und ganz von Kunstdünger abhängig wird, dann begibt es sich in eine Form der wirtschaftlichen Abhängigkeit, statt einen Prozeß in Gang zu setzen, durch den der Selbstaufbau gefördert wird. Arbeitskräfte und bestimmte Kenntnisse und Fertigkeiten stehen in den Entwicklungsländern zur Verfügung; und in jedem Entwicklungsprozeß müssen diese zunächst einmal genutzt werden. Eigenständigkeit ist für uns die einzige Möglichkeit, um die Menschen zu mobilisieren; denn sie beinhaltet einen optimalen Gebrauch der vorhandenen Ressourcen, ohne gegebenenfalls die Notwendigkeit anderer Ressourcen auszuschließen. Sonst gerät ein Land zwangsläufig in die Art von Abhängigkeit, in der viele Länder heute schon leben.

Wie beurteilen Sie die Chancen einer bedeutenden Akzentverschiebung vom quantitativen zum qualitativen Wachstum?

Ich glaube, die Atmosphäre dafür ist heute günstiger, weil wir die Grenzen des quantitativen Wachstums erfahren haben. Zahlreiche Länder, die detaillierte und ausgedehnte Wirtschaftsprogramme erprobt haben, haben festgestellt, daß ihre Ziele nicht erreicht worden sind. Im Gegenteil: die Ungleichheiten haben zugenommen, die Möglichkeiten einer Ausbeutung der Armen haben sich vergrößert, und die Abhängigkeit von den reichen Nationen hat sich verstärkt. So hat in allen Entwicklungsländern ein Prozeß des Umdenkens eingesetzt; und die Zeit ist vielleicht günstig für das, was man eine neue Betrachtungsweise der Wirtschaft nennen könnte. Wie oben schon erwähnt, bedeutet das eine Verlagerung von der Produktion zum Zwecke des Profits zur Produktion zum Zwecke der Befriedigung allgemein anerkannter sozialer Bedürfnisse.

WIE KANN MAN DER NAHRUNGSMITTELKNAPPHEIT ABHELFFEN?

Nahrungsmittelknappheit ist noch immer eines der augenfälligsten Zeichen von Unterentwicklung. Viele Kirchen, besonders in den Vereinigten Staaten und Kanada, nehmen dieses Problem sehr ernst. Was würden Sie einer Gemeinde dort raten, die dringend etwas tun möchte, um die Nahrungsmittelproduktion fördern zu helfen?

Das Grunderfordernis ist schnelles Handeln. Der erste Schritt ist Verteilung – nicht nachdem mehr produziert worden ist, sondern sofortige Verteilung. Der zweite Schritt ist Bewahrung, damit kurzfristig erst einmal mehr zur Verfügung steht. Das ist noch keine Produktionssteigerung, sondern eine vermehrte Verfügbarkeit von Gütern durch verminderte Vergeudung. Die langfristige Lösung ist dann natürlich eine Steigerung der Produktion und Hilfe von denen, die gegebenenfalls durch ihre Überschüsse zu dieser Steigerung der Produktion beitragen können. Ich sehe in der Hilfe eine langfristige Lösung – ebenso wie in dem Gedanken einer Nahrungsmittelbank, die für Zeiten der Knappheit ein gewisses Vorratspolster bietet.

Ich glaube, dieser Rat ist auch in meinem eigenen Land bei Nahrungsmittelknappheit angebracht: Verteilung, Bewahrung, rationellere Nutzung und Verwendung von Nahrungsmitteln und gesteigerte Produktion. Das trifft auch auf die Freunde in den reichen Nationen zu. Sie sollten nicht warten, bis die Nahrungsmittelproduktion in den USA sich steigert und mehr Überschüsse erbracht hat; sie sollten auch nicht Indien helfen, seine Nahrungsmittelproduktion zu steigern, um das Problem zu lösen; das ist eine langfristige Lösung. Die erste Frage ist, wie die zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel angemessener verteilt werden können. Denn es sind zur Zeit genug Nahrungsmittel in der Welt

vorhanden, um dem Hunger zu begegnen. Wenn das bedeutet, daß die Reichen etwas weniger essen, dann müssen sie dazu bereit sein.

Auch wenn man das ganze Problem der Produktion fürs erste einmal ausklammert, kann man doch in der Frage der unmittelbaren Bedürfnisse etwas tun. Bewahrung, d. h. Einschränkung der Vergeudung, ist von größter Bedeutung. Viele Vorschläge sind gemacht worden im Zusammenhang mit dem unökonomischen Prozeß der Verwandlung von Korn in Fleisch und dem verschwenderischen Umgang mit Nahrungsmitteln in einer reichen Wirtschaft. Zur Zeit der Obsternte verkommen in Westeuropa Äpfel und Birnen auf dem Boden, weil es zu teuer kommt, sie pflücken zu lassen. In Nordamerika ist wohl die Situation die gleiche: die Nutzung wichtiger Nahrungsmittelressourcen wird von kurzfristigen ökonomischen Kostenerwägungen diktiert und nicht von dem weitreichenden Interesse für die Hungrigen in der Welt. Es ist eine Ironie, daß einerseits in Westeuropa Äpfel und Birnen auf dem Boden verkommen und daß andererseits Obst aus einer Reihe von Entwicklungsländern eingeführt wird, so daß die wirtschaftlich schwachen Gruppen im Herkunftsland es sich nicht mehr leisten können. Die Obstpreise in den exportierenden Ländern ziehen an und die Armen können es nicht mehr erschwngen. Das ist eine seltsame Art und Weise, die Nutzung von Nahrungsmittelressourcen zu bestimmen: weil die Löhne so hoch sind, ist Vergeudung gestattet.

In vielen Krankenhäusern in westlichen Ländern wird häufig Essen weggeworfen, weil festgesetzte – und zwar große – Portionen serviert werden, statt daß man dem Bedürfnis jedes einzelnen Patienten entsprechend kleine Portionen austeilte. Ich habe mir sagen lassen, daß man pro Station mindestens zwei Mitarbeiter mehr brauchen würde, um den individuellen Bedürfnissen nachzukommen. Und das würde zu viel kosten. So werden festgesetzte Portionen serviert, und was nicht gegessen wird, wird weggeworfen oder ans Vieh gefüttert. Wenn die Reichen nicht bereit sind, diese Art von Vergeudung einzuschränken, die mit einigen Aspekten des Lebensstils in den wohlhabenden Ländern zusammenhängt, dann verfehlen alle ihre guten Absichten und Pläne ihre Wirkung. Die Frage der Produktion ist ein langfristiges Problem; die Welt muß mehr produzieren, die Entwicklungsländer müssen mehr produzieren; und das bedarf der Zusammenarbeit zwischen den Reichen und den Armen.

Gibt es irgendetwas Praktisches, was eine amerikanische Gemeinde tun kann, zum Beispiel Geld spenden, um die Nahrungsmittelproduktion ankurbeln zu helfen? Oder glauben Sie, daß Finanzhilfe auf lange Sicht der Eigenständigkeit schadet, von der Sie gesprochen haben?

Finanzhilfe ist ein sekundärer Faktor. Nach meiner Ansicht beginnt Eigenständigkeit mit seiner Entscheidung innerhalb einer Gesellschaft, eines Landes

oder einer Gruppe im Hinblick auf die jeweiligen Prioritäten und Grundbedürfnisse und mit dem Entschluß, die eigenen Ressourcen zu mobilisieren, um diesen Grundbedürfnissen gerecht zu werden und keine etwaige Hilfe von außen in Anspruch zu nehmen. Wenn wir dessen sicher sind, daß ausländische Finanzhilfe nicht unsere Prioritäten ändert oder die örtlichen Bemühungen untergräbt, dann ist Raum für eine solche Hilfe. Anderenfalls wäre jede Hilfe von außen fruchtlos. Eigenständigkeit ist die erste Voraussetzung, an der jede Hilfe sich orientieren sollte. Ist dieser Orientierungsrahmen nicht gegeben, dann führt diese Hilfe zur Abhängigkeit, zu größerer Hilflosigkeit, zum Bitten um mildtätige Gaben und zu anderen fragwürdigen Phänomenen, die in der ökumenischen Diskussion gang und gäbe sind.

Kann von außen irgendetwas getan werden, um die Eigenständigkeit zu fördern?

Finanzielle Mittel können den Geist der Eigenständigkeit nicht fördern. Das können Ideen und Erfahrungen. Und ich bin dessen gewiß, daß einige Erfahrungen der heute reichen Nationen hilfreich für uns sein können in unserem Bemühen, neue Prioritäten zu setzen. Wenn das geschehen ist und wenn wir den Mut haben, mit unseren eigenen Ressourcen zu beginnen, dann ist vielleicht Raum für Hilfe und für gegenseitiges Geben und Nehmen. Doch für mich ist es ein Widerspruch, wenn man die Entwicklung zur Eigenständigkeit mit ausländischen Finanzmitteln beginnt. Auswärtige Hilfe sollte nur dazu gebraucht werden, diese Entwicklung zu fördern, zu beschleunigen und wenn möglich auszuweiten, d. h. wenn sie in einer Gruppe erprobt worden ist, können auch Mittel eingesetzt werden, um diese Erfahrung in anderen Gruppen zu wiederholen. Doch wenn keine Geldmittel zur Verfügung stehen, sollte deshalb der Entwicklungsprozeß nicht gehemmt werden; denn er gehört zum Zukunftsbild und zu den Bemühungen der einheimischen Bevölkerung. Hier liegt das Problem: Ausländische Finanzmittel haben solche Prozesse oft gebremst oder im Keim erstickt; sie haben statt dessen zu einem Gefühl der Abhängigkeit anderen gegenüber geführt.

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Was Sie sagen, klingt im wesentlichen optimistisch, und das in einer Zeit, in der die gegenwärtige Weltsituation eher pessimistisch stimmt, mit Inflation und ökonomischen Problemen in den reichen Ländern und mangelnder Bereitschaft, Zugeständnisse an die armen Länder zu machen, während in den armen Ländern selbst nationale Eliten und rechtsgerichtete Regierungen sich breitmachen, deren Interessen nicht die der Armen sind.

Ich bin nicht optimistisch in dem Sinne, daß ich glaube, alles wird leicht zu bewältigen sein, sondern ich bin optimistisch, weil wir uns heute klarer sind als

vor einem Jahrzehnt über die Richtung, die wir einzuschlagen haben. Das gibt uns eine gewisse Hoffnung; denn Klarheit in der Zielsetzung ist wichtig, um unsere Marschroute festzulegen. In gewisser Weise hat die internationale Zusammenarbeit in den letzten zwanzig Jahren keinerlei Erweis erbracht, daß sie zur Entwicklung beigetragen hat. Wenn darum die Zusammenarbeit durch gegenwärtige Schwierigkeiten beeinträchtigt wird, werden die Entwicklungsländer dadurch gezwungen, ihre eigenen Ressourcen und Möglichkeiten genauer zu überprüfen und zu versuchen, in ihren Entwicklungsmodellen und -methoden eigenständiger zu sein. Das wäre ein hoffnungsvolles Zeichen.

Was die nationalen Eliten betrifft, so werden sie ihre Macht nicht ohne weiteres aufgeben. Sie genossen gewisse Vorteile, solange die Weltgemeinschaft den Entwicklungsländern aus ihren kurzfristigen Schwierigkeiten heraushalf und sie sich das zugute halten konnten. Heute, wo die Industrieländer weniger geneigt sind, Auslandshilfe zu gewähren, und sehr viel mehr in ihren eigenen Problemen der Arbeitslosigkeit und der Inflation befangen sind, wird der Druck in den Entwicklungsländern sehr viel stärker werden. Dieser Druck kann zu dem anderen Extrem führen – und das ist auch oft der Fall –, nämlich daß die nationalen Eliten oder die herrschenden Oligarchien noch defensiver und noch autoritärer werden. Diese Tendenzen werden wohl kaum großen Optimismus wecken. Doch ich glaube, daß die Widersprüche dadurch zumindest schärfer heraustreten; es kommt zu einer stärkeren Polarisierung. Die negative Rolle der Machthaber wird deutlicher; und ich glaube, daß das, in der historischen Perspektive gesehen, zu entscheidenden Veränderungen in den Entwicklungsländern führen wird.

Es ist im Hinblick auf die Vollversammlung von Nairobi gesagt worden, daß die Kirchen aufgefordert worden wären, ein Bild der Gesellschaft zu entwerfen, die sie zu gestalten dächten, daß aber die Vollversammlung selbst nicht viel an Orientierungshilfe oder Ideen dazu geliefert hätte. Wie beurteilen Sie dieses Problem?

In meiner Sicht der neuen Gesellschaft spielt nicht das Problem der Armut; sondern das Problem der Armen die zentrale Rolle. Armut wird leicht zu einem statistischen Begriff. Und wir haben in den Entwicklungsländern diesen Begriff der Armut in den letzten 25 Jahren gebraucht und gesagt, daß Indien ein armes Land ist und Bangladesch ein armes Land ist und so weiter, und haben dabei all die Machtinteressen und Machtunterschiede vergessen, die innerhalb eines Landes existieren. Wir scheinen zu glauben, daß irgendwie alles im Land verbessert werden sollte; doch bei steigender Wachstumsrate geht der Gewinn nicht an die Armen, sondern an die, die besser gestellt sind. Statistisch gesehen sind wir weniger arm als früher, denn unser Pro-Kopf-Einkommen ist etwas höher, als

es sonst immer war. Aber die Verhältnisse der Armen haben sich nicht geändert; zahlenmäßig gibt es sogar in Indien heute mehr Arme als vor 25 Jahren.

Und so muß unser Hauptinteresse den Armen gelten; und die ganze Sicht der neuen Gesellschaft muß auf diesen Begriff aufgebaut sein – und natürlich auch auf anderen, wie den der eigenständigen Entwicklung. Das Kernproblem der Eigenständigkeit ist die Frage, wie die Armen dazu mobilisiert werden können, ihre eigenen Probleme selbst in Angriff zu nehmen. Die Antwort heißt: indem sie ihre Fähigkeiten und Ressourcen nutzen. Sich mit ihrer Armut befassen, sollte keine Sache der Wohlfahrt oder der Liebestätigkeit sein; es sollte vielmehr darum gehen, ihr eigenes Potential zu entdecken und zu mobilisieren, damit sie zum nationalen Produktionsprozeß beitragen und an der politischen Entscheidungsmacht teilhaben können. Das unterscheidet sich erheblich von den früheren Betrachtungsweisen. Ein weiteres wichtiges Element in einer neuen Gesellschaft wäre die Abstimmung der Produktion auf die Grundbedürfnisse des Volkes – der Armen – und nicht auf den Marktprofit. Wenn die Armen im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen – d. h. die armen Menschen, nicht die Armut als abstrakter Begriff –, dann halte ich es für möglich, versuchsweise ein Bild der erstrebten neuen Ordnung zu entwerfen.